Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz.-annahme alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 285 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 8. Dezember 1931

Politische Irrwege.

„Seit 1929 hat die Weltwirtschaft eine so tiefgreifende und verhängnisvolle Veränderung erfahren, daß ein wörtliches Festhalten an den Bestimmungen des Young-Planes eine Verfälschung seines Geistes bedeuten würde; dem Urteil des jetzt in Basel zusammengetretenen Young-Komitees ist in seinen wesentlichen Punkten schon durch die klare Empfehlung des Baseler Bankierkomitees vorweggegriffen worden.“ Wenn man diese Worte des englischen Weltblattes, der „Times“ liest, so darf man als Deutscher mit Genugtuung feststellen, daß hier die Unmöglichkeit des Young-Planes auch als Meinung eines Staates zum Ausdruck kommt, der doch selbst an der Schaffung jenes Planes überaus aktiv tätig gewesen ist. Und wenn jetzt das Young-Plan-Komitee in Basel zusammengetreten ist, so dürfen wir Deutsche mit nicht geringerer Genugtuung auch die zweite Feststellung machen, daß — abgesehen freilich von Frankreich — alle maßgeblichen Regierungen der Welt jene Unmöglichkeit einer buchstäblichen Durchführung des Young-Planes eingesehen haben. Die „Times“ sind ein konservatives Blatt und die englischen Konservativen haben auf eine enge politische Zusammenarbeit mit Frankreich gerade in Reparationsfragen größtes Gewicht gelegt; oft genug zum schweren Schaden für Deutschland.

Trotzdem hat man auch in London erkannt, daß es auf den Pfaden der französischen Reparationspolitik einfach nicht mehr weitergeht. Allerdings fragt es sich, wie weit die Macht und die Kraft reicht, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen. Das ist das große Fragezeichen, das hinter die Arbeit des Baseler Ausschusses gesetzt werden muß, obwohl ja jenes Bankierkomitee im August zu der Erkenntnis kam, daß Deutschlands Finanz- und Wirtschaftslage jede Tributzahlung unmöglich mache und dieses Komitee auch den Engländer Layton zu seinen prominentesten Mitgliedern zählen konnte, der auch jetzt wieder als englischer Vertreter nach Basel gegangen ist.

Im deutschen Memorandum, das die Einberufung des Baseler Ausschusses beantragte, ist allerdings gesagt worden, daß durch die dortigen Arbeiten der Weg zu umfassenden gemeinsamen Maßnahmen gefunden werden solle. Dabei muß daran erinnert werden, daß es erst langer und schwieriger Unterhandlungen mit der französischen Regierung bedurfte, um deren Zustimmung zu dieser Formulierung des deutschen Antrages zu erhalten. Denn den Buchstaben des Young-Planes gemäß sollten sich die Sachverständigen der sieben im Ausschuß beteiligten Länder ja nur mit der Prüfung der deutschen Wirtschafts- und Finanzlage insofern beschäftigen, als dieser die Aufbringungs- und Transfermöglichkeit der Young-Plan-Verpflichtungen Deutschlands berühren. Und das Ergebnis dieser Arbeit wird dann den Gläubigerregierungen sozusagen als „Material“ zugeleitet werden, zu dem eine Stellungnahme voraussichtlich in einer allgemeinen Reparationskonferenz erfolgen dürfte. Übrigens ist der Ausschuß — und das ist für Deutschland ganz besonders von Wert — durch den Young-Plan ermächtigt, weitere vier Sachverständige für Spezialfragen hinzuzuwählen. Auch das frühere Bankierkomitee, dessen Zusammenberufung eins der wenigen Ergebnisse der Sommerkonferenz in London war, hatte je einen holländischen, schweizerischen und schwedischen Vertreter als besonders eifrige Mitarbeiter und deren Arbeit kam in dem Schlußbericht in einem für Deutschland wertvollen Sinne zum Ausdruck. Daß dieser „Layton-Bericht“ ein überaus pessimistisches Gutachten über Deutschlands Zahlungsfähigkeit abgab, ist ja bekannt; infolgedessen haben französische Bestrebungen eingesetzt, dieses Gutachten nun nicht einfach zur Grundlage und zum Ausgangspunkt auch der jetzigen Ausschußarbeiten zu machen, sondern wieder einmal vor vorn anzufangen.

Auf alle Fälle ist aber gar nicht daran zu zweifeln, daß der enge Rahmen, den der Young-Plan für die Arbeiten dieses Sonderausschusses vorsieht, nicht bloß praktisch, sondern auch formal bereits beseitigt ist. Auch das kann man als einen Erfolg für Deutschland verbuchen. Trotzdem ist für uns die Lage äußerst ernst. Ein absichtliches oder nur fahrlässiges Hinauszögern der abschließenden Ergebnisse des Ausschusses und der daran folgenden Zusammenberufung der entscheidenden Reparationskonferenz würde diese in einen unmittelbaren Zusammenhang bringen mit den großen weltpolitischen Auseinandersetzungen, über denen die Überschrift „Abrüstung“ steht. Wenn aber heute fast die ganze Welt die Unmöglichkeit des Young-Plans erkannt hat und sie auch offen zugibt, so liegen die Ursachen für diese Unmöglichkeit auch darin, daß — wie die Mitglieder der Young-Plan-Konferenz in Paris selbst erklärten — nicht rein wirtschaftlich-finanzielle, sondern auch politische Erwägungen bei der Regelung der deutschen Zahlungsverpflichtungen mitsprechen. Geschieht das auch jetzt wieder in Basel, erfolgt also nicht eine ganz unpolitische Feststellung, wie der Layton-Bericht sie getroffen hat, dann wird man auch jetzt wieder genau so daneben greifen, wie das in Paris geschehen ist. Allerdings sind seitdem zwei Jahre vergangen, zwei Jahre einer Weltkrise, die ein furchtbares Urteil über die von der Politik vorgeschriebenen Irrwege gefällt hat.

Der Tributausschuß tagt.

Vor schweren und ernsten Kämpfen.

Die Eröffnung der Baseler Konferenz.

Der beratende Sonderausschuß der BIZ., der die deutsche Zahlungsfähigkeit untersuchen soll, trat in Basel zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Am Sitze der BIZ. und in den sich um die Bank gruppierenden Hotels am Zentralbahnhof in Basel, wo die Abordnungen mit ihren Sachverständigen und Mitarbeitern abgestiegen sind, herrschte schon in den Vortagen eifriges Kommen und Gehen. Es wurden die letzten organisatorischen Vorbereitungen für ein reibungsloses und sachgemäßes Arbeiten und auch für mühelose Rückfragen bei den einzelnen Regierungen und Zentralbanken getroffen.

Der große Stab von Mitarbeitern, die die Abordnungen begleiten, deutet darauf hin, daß der Kampf um die Tribute und um klare volkswirtschaftliche Einsichten sehr ernst und schwer sein wird.

Die ersten Schwierigkeiten.

Die erste Sitzung des Tributausschusses begann mit fast zweistündiger Verspätung. Als einer der ersten betrat Dr. Melchior, der Vertreter Deutschlands, den Sitzungssaal.

Die ganze Lage muß als ernst angesehen werden, da nicht nur über die Präsidentschaft, sondern auch über die Arbeitsmethoden große Schwierigkeiten in Erscheinung getreten sind. Durch eine Erklärung der halbamtlichen Havasagentur, wonach „der Arbeitsrahmen des Sonderausschusses sich nur auf die Erörterung der Aufhebung des geschützten Teiles der deutschen Zahlungen beziehen dürfe“, ist die Lage stark verwickelt worden.

„Die deutsche Denkschrift,“ so heißt es in der französischen Erklärung weiter, „die die Einberufung des Sonderausschusses verlangte, zeige aber, daß der Ausschuß sich nicht nur mit diesem geschützten Teil, sondern mit dem ganzen Young-Plan befassen solle. Andererseits verbinde die deutsche Regierung damit auch die Frage der privaten Schulden. Der Verteidiger der französischen Interessen werde zweifellos von Anfang an eine Koalition gegen sich haben.“

Es wird jedoch angenommen, daß sowohl die Amerikaner, wie die Neutralen eine ausgleichende Vermittlung vornehmen werden.

Der italienische Präsident.

Zu Beginn der Verhandlungen entstand ein Streit um den Vorsitz. Frankreich wünschte den Belgier Franqui, während ein Teil der Mitglieder des Sonderausschusses dem Amerikaner Stewart den Vorsitz geben wollte.

Gewählt wurde schließlich das italienische Mitglied des Ausschusses, Professor Beneduce.

Professor Beneduce hat schon an den Verhandlungen des sogenannten Wiggin-Ausschusses, der im August in Basel über die Kreditlage Deutschlands beraten und eine unter dem Namen Layton-Bericht bekannt-

Professor Beneduce.

gewordene Untersuchung über diese Frage verfaßt hat, teilgenommen.

Ferner hat der Sonderausschuß die Hinzuwahl der vier besonderen Mitglieder vorgenommen. Es wurden ernannt: Direktor Dr. Bindschedler von der Schweizerischen Kreditanstalt, der frühere holländische Minister Colyn und der schwedische Finanzsachverständige Rydbeck sowie der frühere südslawische Finanzminister Gjuritsch. Da sich Rydbeck augenblicklich in Berlin aufhält und Gjuritsch noch in Paris anwesend ist, so wird die Ankunft der beiden abgewartet, ehe der Wiederzusammentritt des Sonderausschusses erfolgt, der für Dienstag vormittag vorgesehen ist.

Schließlich beschäftigte sich der Sonderausschuß noch mit verschiedenen organisatorischen und Verwaltungsfragen. Der Nachmittag diente den Mitgliedern dazu, daß umfangreiche, von der deutschen Abordnung in drei Sprachen abgefaßte Sondermaterial, das über die verschiedenen zu berührenden Punkte genauestens Aufschluß gibt, zu sichten.

Deutschland drängt auf beschleunigte Beratung.

Basel, 7. Dezember. Der Sonderausschuß der BIZ. wird aller Wahrscheinlichkeit nach bereits am Dienstag vormittag seine Arbeiten fortsetzen, um die geschäftlichen Fragen endgültig zu regeln. Dr. Melchior hofft, voraussichtlich am Mittwoch zu dem eigentlichen Kernproblem, der Prüfung der deutschen Gesamtlage, überzugehen, die er mit einem Bericht einleiten wird. Deutschland hat dazu den Vertretern bereits umfangreiches Material in drei Sprachen zugestellt. Der deutsche Vertreter ist bereit, den Mitgliedern des Ausschusses in eingehender Weise Aufschluß über alle Fragen zu geben und diese, wenn gewünscht, noch durch Hinzuziehung des einen oder anderen besonderen Sachverständigen ergänzen zu lassen. Deutschland dringt aber auf beschleunigte Beratungen, denn ein weiteres Hinauszögern der Regelung der Reparationsfrage gefährdet nicht nur die laufenden Kredite Deutschlands, sondern untergräbt seine ganze Kreditwirtschaft.

Das deutsch-belgische Markabkommen und die Tributfrage.

London, 7. Dezember. Die Verhandlungen des englischen Außenministers mit dem belgischen Außenminister knüpfen soweit die Tribute in Frage kommen, an das Ergebnis der Londoner Sieben Mächte-Konferenz an, auf der Belgien seine besondere Stellung und seine besonderen Wünsche namentlich auch hinsichtlich des Markabkommens zum Ausdruck gebracht hatte. Zwischen der englischen und der belgischen Politik scheint Uebereinstimmung darin zu bestehen, daß die Tributfrage kein geeigneter Grund für die Ergreifung von Sanktionen für den Fall ist, daß Deutschland nicht zahlen kann. Die Unterredung Hymans mit dem englischen Außenminister erstreckte sich fast ausschließlich auf politische Probleme und berührte unter anderem auch die Abrüstung und die mandschurische Frage. Angeblich hat Belgien bereits den französischen Vorschlag hinsichtlich eines französisch-belgischen Zollvereins abgelehnt, worüber der belgische Außenminister weitere Aufklärung gegeben haben soll.

„Das Traumbild der Reparationen.“

General Smuts gegen Schuldenzahlungen und Tribute.

General Smuts richtete in Kapstadt eine Warnung an die Staatsmänner über die Gefahren, die der Welt drohen, wenn eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage noch weiter hinausgeschoben wird. Er bezweifle, ob Deutschland noch weiter Reparationszahlungen leisten könnte. Wenn Deutschland aber nicht mehr an England zahle, so könne auch England seine Schuldenverpflichtungen an Amerika nicht erfüllen. Es habe keinen Zweck, sich noch weiter von dem Traumbild der Reparationen umgaukeln zu lassen, das die internationalen Beziehungen vergifte.

Heute Kanzlererklärung zur Notverordnung.

Morgen Veröffentlichung.

Das Reichskabinett beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Reichskanzlers mit der zweiten Lesung der neuen Notverordnung. Die endgültige Entscheidung über Preise und Löhne, die bis jetzt noch immer zurückgestellt worden ist, soll jetzt fallen. Nachdem dann die letzten redaktionellen Arbeiten vorgenommen sind, wird der Reichskanzler dem Reichspräsidenten das Verordnungswerk zur Unterzeichnung vorlegen. Das dürfte am Dienstag geschehen, und der Kanzler beabsichtigt dann, wahrscheinlich am Mittwoch die Notverordnung zu veröffentlichen. Die Bekanntgabe wird begleitet sein von einer Kundgebung der Reichsregierung, in der die Gründe dargelegt werden, von der sich das Kabinett bei den einzelnen Maßnahmen hat leiten lassen. Auch im Hinblick auf die Tagung des Tributausschusses in Basel dürfte diese Kundgebung sehr wichtig sein, weil aus ihr hervorgehen muß, daß Deutschland jetzt seine letzten Reserven eingesetzt hat, ohne daß es wissen kann, ob diese Opfer imstande sein werden, auch nur seine inneren Nöte zu mildern.

*

Von dem ursprünglich in Aussicht genommenen Empfang der Parteiführer hat der Reichskanzler Brüning wieder Abstand genommen. Er will offenbar die Argumente, die er den Parteiführern vorgetragen hätte, in der großen Rundfunkrede mit verwerten, die er am Dienstag abend halten wird. Diese Rede, die über alle deutschen Sender verbreitet werden wird, wird voraussichtlich abends gegen 9 Uhr stattfinden.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF